

POLITIKUM

Heft 4 | 2023

ANALYSEN | KONTROVERSEN | BILDUNG

TATORT RECHTSSTAAT

Mit Recht gegen
Rassismus und
Antisemitismus

Letzte Generation:
Rechtsstaat zwischen
Legalität und Legitimität

„Code creates Law“

Gerechtigkeit als Utopie?
Völkerrechtliche Verbrechen
in der Ukraine

Lässt sich Massenmigration
menschenrechtskonform
steuern?

Rechte der Natur und
ethischer Wertewandel

Deutschland: € 12,80, Österreich: € 13,90, Schweiz: sFr 16,90



POLITIKUM

TATORT RECHTSSTAAT: UNSER GUTES RECHT

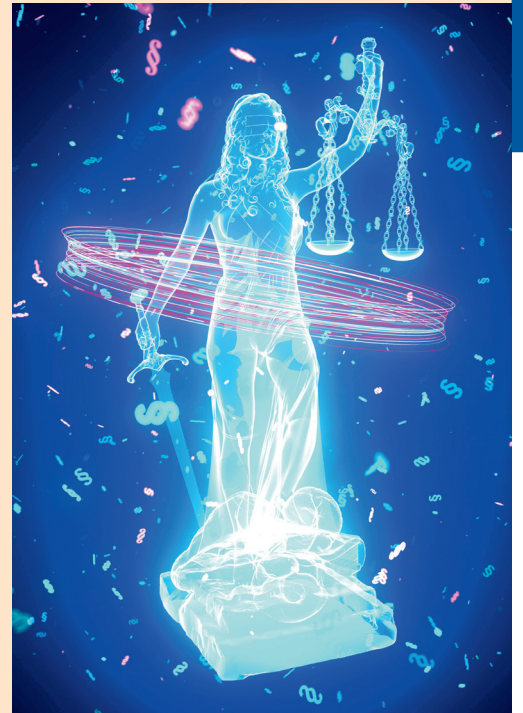
IN KOOPERATION MIT DER STIFTUNG FORUM RECHT

Was bringt uns als Menschen in der Demokratie und in globalen Zusammenhängen eigentlich „unser gutes Recht“ für die Lösung von (zunehmend herausforderungsvollen) Zukunftsfragen? Welchen Beitrag leistet es, wenn es um unsere Freiheiten, unsere Sicherheit und ökologischen Lebensgrundlagen geht? Klimakrise, die Ursachen und Folgen von Flucht und Migration, Kriegsverbrechen, globale Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen sowie die Schattenseiten der Digitalisierung stellen Schlüsselprobleme dar, die politische Lösungen erfordern und auch über den Nationalstaat hinausgehen. Ein vorrangiges Instrument im demokratischen Rechtsstaat ist hierfür das Recht.

Dieses bedeutungsvolle Zusammenspiel von Politik, Recht und Rechtsstaat, dessen Chancen und Grenzen hinsichtlich der gesellschaftlichen Herausforderungen immer wichtiger werden, kritisch zu beleuchten, ist Ziel dieser Ausgabe von [POLITIKUM](#). Entstanden ist sie in Kooperation mit der Stiftung Forum Recht, einer 2019 gegründeten bundesunmittelbaren Stiftung öffentlichen Rechts, die zum Dialog über Recht und Rechtsstaat in und mit der Öffentlichkeit einladen möchte.

Den Auftakt bildet ein Interview mit der Bundesverfassungsrichterin – zugleich Kuratoriumsmitglied der Stiftung Forum Recht – Dr. Yvonne Ott. Sie illustriert, inwiefern Recht und Rechtsstaat nicht nur als „Problemlöser“ fungieren, sondern auch Partizipation, Teilhabe und Mitgestaltung von Recht und Politik möglich machen. Die folgenden Beiträge widmen sich den oben genannten Schlüsselproblemen und wurden in Teilen von Mitgliedern des Beirates der Stiftung Forum Recht verfasst. Bleibt Gerechtigkeit angesichts der Völkerrechtsverbrechen in der Ukraine eine Utopie? Lässt sich Massenmigration menschenrechtskonform steuern? Warum brauchen wir ein umfassendes Antidiskriminierungsrecht? Wie gehen wir mit Datafizierung als Herausforderung für den Rechtsstaat um? Inwiefern ist ziviler Ungehorsam ein Motor des Rechtsstaats? Und: Hat die Natur Rechte?

Die Beiträge gehen über bloße Diagnosen hinaus. Sie versuchen Ursachen und Grenzen zu analysieren sowie Richtungen für Recht und Rechtsstaat aufzuzeigen, wie diese für uns als Gesellschaft bei der Bewältigung der genannten Herausforderungen als effektive Instrumente fungieren können.



Sabine Achour *Henrike Clausen*

Sabine Achour & Henrike Claussen





Seite 4

Was bringt uns Recht?

Wie fit ist das Grundgesetz gegen rechte Angriffe?
Warum ist Vertrauen in den Rechtsstaat wichtig?
Wo liegen (supranationale) Baustellen für das Recht?
Die Bundesverfassungsrichterin Yvonne Ott im Interview.



Seite 26

Diskriminierung und Recht

Recht und rassistische Diskriminierung stehen seit jeher in einem ambivalenten Verhältnis. Das Recht war wesentlich an der Legitimierung und Durchsetzung von Rassismus beteiligt. Zugleich ist es ein wichtiges Mittel im Kampf gegen Rassismus.



Seite 10

Kriegsverbrechen und Völkerrecht

Die Kriegsverbrechen in der Ukraine erschüttern. Bleiben sie ohne Konsequenzen, hat das auch Auswirkungen auf das Vertrauen in das Recht. Welche Instrumente des Völkerrechts stehen zur Verfügung, um die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen?



Seite 32

Antidiskriminierungsrecht und Religion an Schulen

Die Themen Religion bzw. islamische Alltagspraktiken an Schulen bewegen viele Gemüter. Was braucht die (Schul-)Praxis zusätzlich zum Antidiskriminierungsrecht?



Seite 18

Migration und Menschenrechte

Flucht und Migration machen weltweit eine große Zahl von Menschen schutzbedürftig. Diesen Schutz menschenrechtskonform zu gewähren, fordert auch das Rechtssystem heraus.



Seite 40

Ziviler Ungehorsam

Ziviler Ungehorsam wird aktuell v. a. hinsichtlich der Aktionen der Letzten Generation kritisch diskutiert. Wie steht es aus rechtlicher Perspektive um die Legalität und Legitimität dieser Aktionen?



Seite 48

Zivilcourage in der Diktatur

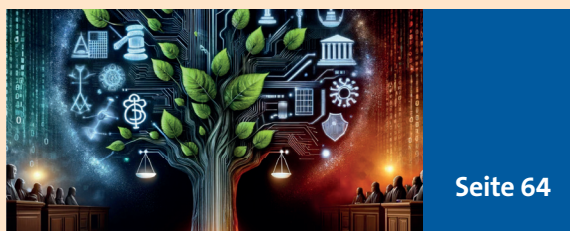
Zivilcourage und demokratische Haltung sind in einer Demokratie Selbstverständlichkeiten. Was erfordert dies aber in einer Diktatur? Wo liegen heute noch die Grenzen des Rechtsstaats, wenn es um die Nachfolgen von Unrecht(sstaaten) geht?



Seite 56

Rechte der Natur?

Braucht die Natur eigene Rechte? Könnte sich dieses Konzept des globalen Südens auch bei uns positiv auf den rechtlichen Schutz von Umwelt und Klima auswirken?



Seite 64

„Code creates Law“

Unser Umgang mit der Informationstechnik bestimmt zunehmend, wie wir miteinander kommunizieren. Dass wir damit die Grundlagen demokratischen Miteinanders gefährden, haben wir fast nicht gemerkt.

Tatort Rechtsstaat

Interview mit Yvonne Ott

zum Zusammenspiel von Rechtsstaat, Demokratie, Politik und Justiz 4

Angelika Nußberger und Claus Kreß

Gerechtigkeit als Utopie? Völkerrechtliche Verbrechen in der Ukraine 10

Winfried Kluth

Lässt sich Massenmigration menschenrechtskonform steuern? 18

Doris Liebscher

Mit Recht gegen Rassismus und Antisemitismus. Wie Antidiskriminierungsrecht das Recht auf Teilhabe in der Migrationsgesellschaft stärkt 26

Canan Korucu

Antidiskriminierungsrecht und Religion an Schulen – alles gut? Ein Blick aus der Berliner Bildungspraxis 32

Bijan Moini

Ziviler Ungehorsam als Stresstest. Die Letzte Generation und der Rechtsstaat zwischen Legalität und Legitimität 40

Uwe Schwabe

Ziviler Ungehorsam und Zivilcourage. 35 Jahre Friedliche Revolution – Widerstand in einer Diktatur 48

Ulrich Stöcker, Anna von Rebay, Christine Ax, Cornelia Nicklas und Tamara Abdelwahed

Durch Rechte der Natur zu einem ethischen Wertewandel 56

Liane Wörner

„Code is creates Law“. Im Programmcode festgelegte Regeln haben quasi-gesetzgeberische Macht ... 64

Forum

Henrike Claussen

Mehr denn je! Ein Plädoyer für die Rechtsstaatsvermittlung 72

Rezensionen

Impressum 80



© picture-alliance/ ZB

ZIVILER UNGEHORSAM UND ZIVILCOURAGE

35 Jahre Friedliche Revolution – Widerstand in einer Diktatur

von UWE SCHWABE

Copyright Wochenschau Verlag

Die Folgen des Lebens in der jahrzehntelang abgeschotteten Diktatur der DDR werden bis heute wenig thematisiert. Diejenigen, die dort Zivilcourage gezeigt, Widerstand geleistet und diese Diktatur damit letztendlich zum Einsturz gebracht haben, verdienen heute mehr Respekt, Achtung und Anerkennung.

Wir feiern im nächsten Jahr den 35. Jahrestag der Friedlichen Revolution und den 34. Jahrestag der Deutschen Einheit. Viel wurde in den letzten Jahren über die Probleme und Verwerfungen nach der Wiedervereinigung geschrieben und erzählt. Ich muss aber leider die unter Ihnen enttäuschen, die jetzt von mir erwarten, dass ich in den Kanon jener einstimme, die meinen, dass an allen tatsächlichen oder vermeintlichen Missständen stets die bösen „Wessis“ und die etablierten Parteien schuld waren, die „Kolonialisierung“, „Deindustrialisierung“, Erniedrigung und Demütigung brachten. Die harsche Kritik am „Westen“ wurde vor allem zu Beginn der 1990er Jahre parteipolitisch von der PDS/Die Linke mitgetragen und die weitverbreitete Mentalität, die da oben sollen meine Probleme endlich einmal regeln und lösen, unterstützt. Die Haltung, bloß nicht bei sich selbst nach der eigenen Verantwortung zu fragen, war für viele bequem. Die Ostdeutschen waren die Opfer. Früher die Opfer des Kommunismus, heute Opfer der Wende, der Treuhand und des kapitalistischen Systems. Heute nutzt dieses Narrativ vor allem die AfD mit ihren Losungen und ihrer Wahlwerbung „Wir sind das Volk“ und „Vollende die Wende“. Damit wird einerseits unterstellt, die Revolution von 1989 sei nicht erfolgreich gewesen. Andererseits wird behauptet, in der Bundesrepublik herrschten heute letztendlich ähnliche Verhältnisse wie damals in der DDR – einem Unrechtsstaat.

Was wir dieser einseitigen Erzählung entgegensetzen müssen, ist eine multiperspektivische Betrachtung der DDR und des Transformationsprozesses.

Wir können den Transformationsprozess heute nicht losgelöst vom Unrechtsstaat DDR betrachten, vom Alltag in der DDR, von der katastrophalen Wirtschaftslage, der stark zerstörten Umwelt und Bausubstanz, von Anpassung und Verweigerung, Verantwortung und Versagen, von Widerspruch, Zivilcourage, zivile Ungehorsam bis hin zum Widerstand.

Widerstand für Demokratie und Rechtsstaat

Die Revolutionen der Jahre 1989 bis 1991 in Mitteleuropa und der DDR führten zum Sturz des Kommunismus, zum Ende des Kalten Krieges, leiteten eine globale Zeitenwende ein und ermöglichten die weitere Einigung Europas. Vielen Menschen in der ehemaligen DDR und anderen mitteleuropäischen Ländern, die Zivilcourage und Widerstand geleistet haben, ging es um die Einforderung elementarer Grund- und Menschenrechte, die tagtäglich mit Füßen getreten wurden.

Ihren Wunsch nach Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und der Einhaltung der Bürger- und Menschenrechte haben viele mit Verfolgung, Exil, Gefängnis oder dem Tod bezahlt. Es gab zu allen Zeiten der SED-Diktatur Menschen, die Widerstand leisteten, die widersprachen, die in die Opposition gingen, die sich verweigerten. Sie haben aus menschenrechtlicher Perspektive kein Unrecht getan. Den vielen Menschen schließlich, die in den vierzig Jahren DDR das Land verließen, durch Flucht oder Ausreise, damit das Fundament dieser Diktatur untergraben und letztendlich mit zum Einsturz brachten, sollten wir viel mehr unserer Aufmerksamkeit schenken als den „Nörgler*innen“.

Denn in der öffentlichen Wahrnehmung fehlt heute oft die Anerkennung dessen, was diese Menschen geleistet haben. Sie waren ein Motor für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Diese widerständigen Akteure wurden oft lebenslang in ihrer beruflichen Entwicklung eingeschränkt und leiden noch heute an den Folgen von Haft und Verfolgung. Anerkennung bedeutet, dass wir ihnen unseren Respekt und unsere

„Bürgerbeteiligung ist kein good will,
sondern demokratisches Grundrecht.“

Nicole Gohlke,
MdB Die Linke

Achtung entgegenbringen – nicht nur an Jahrestagen und bei Sonntagsreden. Sie haben ihr Leben und ihre Freiheit auch für unsere Freiheit und unsere Grundrechte riskiert und aufs Spiel gesetzt.

Die Grenzen des Rechtsstaats und die Folgen des Unrechts(staats)

Diese fehlende Anerkennung, das Nicht-Gehört-Werden und der fehlende Respekt haben viele der ehemals Widerständigen in Resignation oder Verbitterung geführt. Sie haben das Recht und wir haben die Pflicht, über die Verantwortung derer zu reden, die das System jahrelang mitgetragen haben und diese Diktatur dadurch erst möglich gemacht. Die Täter*innen in einer Diktatur sind oft im Vorteil, da ihnen die schuldhafte Beteiligung an Straftaten individuell nachgewiesen werden muss. Der Rechtsstaat kommt daher heute denen zu Gute, die im Unrechtsstaat DDR das Recht mit Füßen getreten haben. Insgesamt hat es nach der Wiedervereinigung Deutschlands 1.021 Verfahren gegeben, in denen Anklage erhoben wurde. Verfolgte Straftaten waren u. a. Rechtsbeugung, Misshandlung von Gefangenen, Wahlfälschung, Amtsmissbrauch und Korruption, Spionage und vor allem die Tötungen an der innerdeutschen Grenze. Die meisten Verfahren endeten mit Bewährungsstrafen oder Freisprüchen. Laut einem Aufsatz im Deutschland Archiv von Gerd Poppe vom 21.11.2021, „Unrecht, Recht und Gerechtigkeit“, wurden nur 40 Angeklagte zu Haftstrafen ohne Bewährung verurteilt, davon 30 wegen des Schusswaffen-

gebrauchs an der Grenze. Bei den Opfern der SED-Diktatur löste die geringe Zahl von Verurteilungen Frust und Verbitterung aus, weil der Rechtsstaat aus ihrer Sicht nicht in der Lage war, das an ihnen begangene Unrecht angemessen zu bestrafen. Die Täter sind aus Sicht der Opfer größtenteils davongekommen, genossen die Vorzüge des Rechtsstaates und haben sich in der Demokratie eingerichtet. Die Opfer hingegen

.....

Die Täter sind aus der Sicht der Opfer größtenteils davongekommen

.....

litten lebenslang unter gesundheitlichen Folgeschäden, materiellen Nachteilen und müssen sich jede Anerkennung und Unterstützung erkämpfen.

Deshalb ist es heute besonders wichtig, dass die strafrechtlichen und verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetze, die Beurteilungen über Haftfolgeschäden und die finanziellen Haftentschädigungen durch den Gesetzgeber immer wieder neu auf den Prüfstand gestellt und angepasst werden. Die neue SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke wirbt deshalb eindringlich dafür, im Fall eines eindeutigen Krankheitsbildes und dem Nachweis einer politischen Haftstrafe oder anderer staatlicher Repressionen die Beweislast bei der Anerkennung von Gesundheitsschäden umzukehren. Eine sehr gute Initiative, die für viele Opfer der SED-Diktatur leider viel zu spät kommt.



Angeklagt (v.l.n.r.): Siegfried Lorenz, SED-Funktionär; Helmut D., Gefängniswärter; Hans-Joachim Böhme, SED-Politbüromitglied



© v.l.n.r. picture-alliance/dpa/dpaweb; picture-alliance/ZB; picture-alliance/dpa



„Opfergruppen“ des DDR-Regimes fordern Aufarbeitung.

Die Folgen des Lebens in einer Diktatur

Die Folgen des Lebens in einer Diktatur sitzen tief und werden oft an die nächste Generation weitergegeben. Was bei vielen Betrachtungen und Analysen über diese Zeit fehlt, ist eine Auseinandersetzung mit den Folgen der jahrzehntelangen Abschottung in der DDR. Welche langfristigen Folgeerscheinungen hat dies angerichtet? Hier ist nicht nur die Abschottung durch Grenzen und Mauern gegenüber anderen Ländern gemeint. Es geht mindestens so sehr auch um die Abgrenzung nach innen und um die fehlende Begegnung mit globaler Vielfalt. Es geht um die innere Distanz zum System, die fehlende Debattenkultur sowie um den Umgang mit Kritik und den nicht stattfindenden konstruktiven Streit um politische Inhalte. Die Menschen in der DDR sind in einer Gesellschaft groß geworden, die auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus den neuen sozialistischen Menschen schaffen wollte. Sie sind aufgewachsen in einem Klima der Bevormundung und der Lügen.

Eine Parteienelite hat sich angemaßt zu entscheiden, was wir zu lesen hatten, welche Musik wir hören durften, wo wir unseren Urlaub verbrachten, ob wir würdig waren zu studieren und welche Massenorganisationen und Parteien für uns gut waren. Es gab weder die Möglichkeit der freien Wohnortwahl noch

die Möglichkeit, außerhalb der Parteien und der Massenorganisationen politisch aktiv zu sein.

Aber was macht es mit Menschen, wenn sie ständig auf der Hut sein müssen und nur wenigen vertrauen können? Wenn sie mitbekommen, wie groß die Denunziationsbereitschaft ist, ob in der Schule, an der Universität, in Betrieben und oftmals selbst in der Nachbarschaft und der eigenen Familie? Die Verführungen und die Verfolgungen des SED-Regimes griffen ineinander und bewirkten ein großes Misstrauen untereinander. Abgrenzung geht durch die Köpfe und verschwindet nur schwer.

In diesem politischen Klima sind Jugendliche in der DDR aufgewachsen. Viele wollten aber einfach nur nach ihren Vorstellungen frei und selbstbestimmt leben. Dies lief den propagierten Idealen des SED-Regimes komplett entgegen. Den täglich erfahrenen Widerspruch zwischen der offiziellen Propaganda und dem eigenen Erleben hat Vaclav Havel als „Leben in der Lüge“ schon 1976 in seinem Buch *Versuch, in der Wahrheit zu leben* beeindruckend so beschrieben: „Es ist eine komplexe tiefe und dauernde Vergewaltigung, beziehungsweise Selbstvergewaltigung der Gesellschaft“ (S. 59).

Nicht „Opfer der SED-Diktatur“, sondern politische Akteure

Der Begriff „Opfer“ suggeriert bei den meisten Menschen, dass jemand unabsichtlich zu einem Opfer geworden ist, beispielsweise zum Opfer einer Gewalttat, einer Naturkatastrophe oder eines Unfalls. Die Opfer einer Diktatur waren jedoch zum großen Teil Menschen (aus der Sicht der Machthabenden waren es „Täter“), die sich aktiv gegen die Diktatur und die damit einhergehenden Freiheitsbeschränkungen wehrten: gegen die fehlende Meinungsfreiheit, gegen eine fehlende Rechtsstaatlichkeit, gegen die fehlende Unabhängigkeit der Justiz, die fehlende Reisefreiheit und die eingeschränkten Möglichkeiten der politischen Teilhabe.

„Demokratie ist mehr als eine parlamentarische Regierungsform, sie ist eine Weltanschauung, die wurzelt in der Auffassung von der Würde, dem Wert und den unveräußerlichen Rechten eines jeden einzelnen Menschen.“

Konrad Adenauer,
Bundeskanzler (1949–1963)

Sie waren damit Akteure, also aktiv und bewusst handelnde Personen. Sie wollten teilhaben am politischen Willensbildungsprozess und sich einbringen in die Gestaltung eines demokratischen Staates. Die Grundfesten jeder Diktatur werden aber zerstört, wenn man Teilhabe außerhalb der vorgegebenen politischen Ideologie ermöglicht. Die Machthaber in einer Diktatur scheuen nichts mehr als politisch selbstdenkende und -handelnde Menschen.

Warum sich heute noch mit der SED-Diktatur auseinandersetzen?

Um heute zu begreifen, wie eine Diktatur selbst in Deutschland funktioniert hat und wieder funktionieren könnte, ist es wichtig zu wissen, welche äußeren und inneren Rahmenbedingungen dies ermöglichen. Rahmenbedingungen, unter denen Menschen dazu bereit sind, andere anzuschwärzen und zu verraten. Damit billigend in Kauf zu nehmen, dass die Betroffenen persönliche Nachteile haben und verfolgt werden, im Gefängnis landen können und schlimmstenfalls zu Tode kommen. Warum sind Menschen dazu bereit, sich direkt oder indirekt an diktatorischen Strukturen und Verhalten zu beteiligen? Erst wenn man diesen Mechanismus begreift, kann man die Fragilität eines freien demokratischen Staates erkennen und die Bedeutsamkeit, sich für dessen Erhalt einzusetzen. Die DDR-Diktatur konnte deshalb so lange funktionieren, weil Partei, Polizei, Stasi, Schulen, Universitäten, Arbeitskollektive und selbst Elternhäuser diese Diktatur aktiv oder passiv unterstützten und damit erst ermöglichten.

Die Geheimdienste waren auf menschliche Veräter*innen und Spitzel angewiesen, mit all ihren Schwächen und Fehlern. Es ist ihnen aber nie gelungen, in alle Lebensbereiche einzudringen. Im Vergleich zu heute wirkt es fast lächerlich, wenn ich in meinen Stasi-Akten lese, wie Stasispitzel mit Klappfahrrädern versuchten, den vermeintlichen Gegner rund um die

Uhr zu überwachen. Wenn sie 24 Stunden am Tag in einem umfunktionierten Bauwagen meine Wohnung überwachen mussten, tun sie einem fast leid. Aber trotz der Zersetzungsarbeit all der Agent*innen von Stasi, KGB, Securitate und ihrer Kolleg*innen in den anderen Ländern Mitteleuropas konnte die Freiheitsrevolution der „Ungehorsamen“ und Widerständler*innen nicht unterdrückt und verhindert werden. Sie ist damit das herausragende Ereignis der europäischen Freiheitsgeschichte.

Dieses Wissen an eine Generation weiterzugeben, die keine Diktatur erlebt hat, ist eine wichtige Grundvoraussetzung für den Erhalt eines demokratischen Gemeinwesens. Hier sind wir alle gefragt. Es geht nicht nur darum, zu den Jahrestagen an den Mut und das Risiko der Widerständigen und Eigensinnigen zu erinnern. Es geht um die Einforderung von Respekt, Achtung, Anerkennung und Wissen um die Geschehnisse.

Zivilcourage und ziviler Ungehorsam heute

Wir leben heute als Bürger*innen in Freiheit, aber auch in Verantwortung. Verantwortung heißt auch, allen eindeutig und couragiert entgegenzutreten, die unsere Demokratie gefährden, abschaffen oder auch die Deutungshoheit über die DDR-Diktatur an sich reißen wollen. Dabei ist es unerheblich, ob die Angriffe von oben oder unten, von links oder rechts kommen. Es gibt keinen idealen Staat. Deshalb müssen wir ständig an seiner Verbesserung arbeiten und für mehr Gerechtigkeit streiten. Dafür gibt es Möglichkeiten, sie sind nur aufwendiger und anstrengender als die lauten Rufe auf der Straße, das Festkleben an Gemälden und Straßen oder das Anzünden von Autos. Damals ging es um die Abschaffung einer kommunistischen Diktatur. Heute geht es um die Mitgestaltung in einer Demokratie. Wenn man zu DDR-Zeiten auf die Straße gegangen wäre und „Lügenpresse!“ geschrien hätte, wäre man nach Hohenschönhausen oder Bautzen gekommen. Heute kann das jeder ungestraft tun, sogar Plakate zeigen, auf denen die ehemalige Kanzlerin an einem Galgen hängt. Menschen können insbesondere aus dem Wissen heraus, wie eine Diktatur funktioniert hat, wie man Menschen gezwungen, verführt, manipuliert oder überzeugt hat, diese Diktatur mitzutragen und lieber hinter Gardinen zu stehen als sich selber zu engagieren, heute eine Demokratie gestalten.

Der Herbst 1989 hat gezeigt und bewiesen, dass man durch Zivilcourage, Ungehorsam und Widerstand etwas verändern kann. Man braucht nach einer Revo-

„Man darf nicht die Demokratie zum Vorwand nehmen und ein Land angreifen. Die Menschenrechte kann man den Menschen gewiss nicht durch Bomben bringen.“

Shirin Ebadi, iranische Juristin und Friedensnobelpreisträgerin



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung



Helmar Schöne, Gordon Carmele (Hg.)

Demokratiebildung in der Schule

Kontroversen um das Bildungsziel Demokratie

Mit den Debatten über die Krise der Demokratie ist auch die Aufgabe der Schulen, die Demokratiebildung der jungen Generation zu fördern, wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Wie kann Demokratiebildung in der Schule gestaltet werden? Wie sieht eine gelingende Demokratiebildung aus? Welche Kompetenzen und Inhalte sind dabei zu vermitteln? Dieser Fragen nehmen sich Autor:innen verschiedener Fächer und Disziplinen an. Damit gibt der Band einen Einblick in unterschiedliche Perspektiven auf Demokratiebildung und lädt zur Diskussion über geeignete Ansätze des Demokratielernens ein.

ISBN 978-3-7344-1596-8, 216 S., € 21,90

PDF ISBN 978-3-7566-1596-4, € 20,99

POLITIK UNTERRICHTEN



Praxishandbuch
Politik unterrichten in der
Sekundarstufe II
978-3-7344-1607-1
296 S., € 28,90



Politische Partizipation
durch neue Medien – (wie)
verändert sie unsere
Demokratie?
978-3-7344-1348-3,
40 S. DIN A4, € 12,90



alle Bände
auch als
eBook

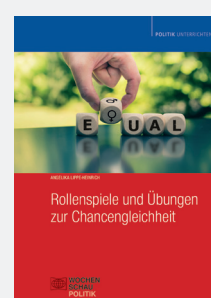
Politikunterricht
in den Klassen 5 bis 7
978-3-7344-1560-9
152 S., € 16,90



Politik
durchschauen
3., vollst. üb. Auflage
978-3-7344-1572-2
120 S., € 10,90



Wirtschaft
demokratisch
gestalten lernen
978-3-7344-1518-0,
272 S. A4, € 32,90



Rollenspiele und
Übungen zur
Chancengleichheit
978-3-7344-1528-9,
160 S., € 29,90

lution mit solchen massiven Veränderungen allerdings auch einen langen Atem. Für einige ist die Friedliche Revolution eine abgebrochene, die weiter fortgeführt werden müsse, oder auch überhaupt keine Revolution. Hier wird leider immer wieder der Kampf um die Beseitigung einer Diktatur mit dem Ringen um ständige Veränderungen und Verbesserungen in einer Demokratie verwechselt oder gleichgesetzt. An der Geschichte der Friedlichen Revolution können wir in herausragender Weise zeigen, dass es sich auch in einer Diktatur lohnt, für Freiheit und Demokratie zu kämpfen, und dass das Volk der Souverän ist. Es war ein einmaliger Vorgang in der deutschen Geschichte, bei dem sich die Bevölkerung mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ erfolgreich zum Souverän ermächtigte. Dieses auch in einer Demokratie deutlich zu machen, denn auch da gefällt diese Tatsache nicht jedem, ist kraftvoll genug, um dieses geschichtliche Ereignis als Vermächtnis für die Zukunft zu begehnen.

Wenn wir etwas von den Revolutionen in Ostmitteleuropa lernen können, dann ist es die Selbstbefreiung aus einer Bevormundung und die Selbstermächtigung zum Handeln. Deshalb sind Zivilcourage und Widerstand, auch wenn sie nur von einer Minderheit ausgehen, die Grundvoraussetzung für eine gesellschaftliche Veränderung.

Ausblick

Heute stehen wir vor sehr großen Herausforderungen. Wir befinden uns bereits im digitalen Zeitalter, in einem Informationskrieg mit totalitären Systemen. Diese versuchen längst nicht nur Wahlen in demokratischen Ländern zu beeinflussen, indem sie alle verfügbaren Kanäle mit Fake News und verzerrter Berichterstattung fluten. Diese totalitären Regime nutzen jeden innerdemokratischen Konflikt geschickt aus, um Misstrauen gegen Regierung, unabhängige Medien und Staatsorgane wie die Polizei zu schüren.

Den Diktaturen dieser Welt stehen heute ganz andere Überwachungstechniken zur Verfügung. Despoten nutzen solche Techniken schon seit Jahren, um jeden Versuch von Opposition im Keim zu ersticken. Seit die Digitalindustrie hochmoderne und sehr effektive technische Mittel entwickelt hat, um Menschen immer perfekter zu überwachen, werden weltweit in vielen Ländern Rechtsstaatlichkeit und Freiheit in ungeheurem Ausmaß eingeschränkt. Leider wird auch in demokratischen Staaten die Versuchung immer größer, durch den Ausbau der digitalen Überwachung kontrollierenden Einblick in das Leben der Bürger*innen zu erhalten. Argumentiert wird mit der Gewährleistung von Sicherheit. Angesichts dieser Entwicklung ist die Gefahr der Etablierung damit einher-



© Klaus Stüttmann

gehender autoritärer und diktatorischer Strukturen auch in Ländern, in denen man es bisher nicht für möglich hielt, eine ernstzunehmende.

Eines der wichtigsten Instrumente sind dabei die neuen sozialen Medien. Ich bezeichne sie als „Angreifer“. Sie verschaffen sich immer erfolgreicher Zugang zum Denken und Fühlen der Bürger*innen, indem sie zunächst deren private Daten abschöpfen und auf dieser Basis über Social Media personalisierte Falschinformationen streuen, die insbesondere zum Ziel

haben, das Vertrauen in politische Eliten zu untergraben. Wir sind auf diese Medien überhaupt nicht vorbereitet. Sie bestätigen die Menschen in ihrer eingeschränkten Wahrnehmung, indem sie sie im Sekundentakt mit passenden Push-Meldungen versorgen, so dass sie sich in einer Filterblase mit Gleichgesinnten befinden. Ein Dialog oder eine Auseinandersetzung findet da nicht mehr statt. Dies ist für mich die größte Zukunftsgefahr für unsere Freiheit.

LITERATUR

Dietrich, Christian/Schwabe, Uwe (Hg.) 1994: Freunde und Feinde. Friedensgebete in Leipzig zwischen 1981 und dem 9. Oktober 1989. Leipzig.

Florath, Bernd (Hg.) 2011: Das Revolutionsjahr 1989: Die demokratische Revolution in Osteuropa als transnationale Zäsur (Analysen und Dokumente). Göttingen.

Kowalczuk, Ilko-Sascha 2015: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. München.

Neubert, Erhard 1998: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. Berlin.

Schwabe, Uwe 1999: Die Entwicklung der Leipziger Opposition in den achtziger Jahren am Beispiel der Friedensgebete. In: Heydemann, Günther (Hg.): Revolution und Transformation in der DDR 1989/90. Berlin.

Wensierski, Peter 2017: Die Unheimliche Leichtigkeit der Revolution. Wie eine Gruppe Leipziger die Rebellion in der DDR wagte. München.



Uwe Schwabe arbeitet seit 1994 bei der Stiftung Haus der Geschichte/Zeitgeschichtliches Forum Leipzig und ist Vorstandsvorsitzender des Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V. Vor der Friedlichen Revolution 1989 war er in verschiedenen oppositionellen Gruppen aktiv.

Dieser Beitrag ist digital auffindbar unter:
DOI <https://doi.org/10.46499/2195.2926>

PROKLA

PROKLA.

ZEITSCHRIFT FÜR KRITISCHE SOZIALWISSENSCHAFT

Seit 1971

Schwerpunktthemen

- Nr. 207: Gesellschaftskritik und sozialistische Strategie (2/2022)
- Nr. 208: StaatsKapitalismus (3/2022)
- Nr. 209: Die Linke zwischen Krise und Bewegung (4/2022)
- Nr. 210: Sozial-ökologische Transformationskonflikte und linke Strategien (1/2023)
- Nr. 211: Tarifvertrag (2/2023)
- Nr. 212: Perspektiven auf Ostdeutschland (3/2023)
- Nr. 213: Wieviel 1973 steckt in 2023? 50 Jahre Brüche und Kontinuitäten (4/2023)

Probeheft anfordern!
 PROKLA | redaktion@prokla.de | www.prokla.de
 Bertz + Fischer | prokla@bertz-fischer.de | www.bertz-fischer.de

BERTZ + FISCHER

Jetzt auch im
Digital- und Sozial-Abo*
 ab 29,- Euro im Jahr
 * und im Förder-Abo!

Einzelhefte: ca. 184 S., € 15,-
 ISBN 978-3-86505-907-9

Copyright Wochenschau Verlag



WOCHENSCHAU
VERLAG

NEU



Stefan Müller, Elia Scaramuzza

Mündigkeit in der Politischen Bildung

Ein Gespräch über eine reflexive sozialwissenschaftliche Fachdidaktik

ISBN 978-3-7344-1612-5,

176 S., € 16,90

PDF ISBN 978-3-7566-1612-1,

Open Access

Nachweis der Zitate in der Reihenfolge des Abdrucks im Heft:

J. **Gauck**, Rede 23.5.2016, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/rede-von-bundespraesident-dr-h-c-joachim-gauck-803802> | E. **Roosevelt**, Rede zur Verabschiedung der Allg. Erklärung der Menschenrechte, Paris 10.12.1948 | F. **Adloff** (2021), <https://www.deutschlandfunk.de/klimaschutz-pergericht-natur-als-rechtssubjekt-100.html> | G. **Radbruch**, Rechtsphilosophie (1946), <https://www.bundeskanzler-helmut-kohl.de/seite/15-september-1992/> | K. **Moehl**, 1.12.2014, https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Dokumentationen/dokumentation_fachtagung_rassismus.pdf?__blob=publicationFile | M. **Buschmann**, 24.6.2022, https://www.bmj.de/SharedDocs/Zitate/DE/2022/0624_Digitaltag_2022.html | M. **Payandeh**, https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Dokumentationen/dokumentation_fachtagung_rassismus.pdf?__blob=publicationFile | L. Ch. **Driessen**, <https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/die-letzte-generation-und-der-staat-droht-eine-eskalation> | C. **Hinrichs**, 24.11.2022, zit. in: <https://uebermedien.de/79076/warum-die-letzte-generation-alles-richtig-macht/> | I. **Kant**, Die Metaphysik der Sitten, 1797 | D.R. **Boyd**, 7.9.2023, <https://www.rechte-der-natur.de/de/aktuelles-details/vom-recht-auf-natur-zu-den-rechten-der-natur-die-buehne-ist-bereitet.html> | I. **Kant**, Über ein vermeintes Recht, aus Menschenliebe zu lügen, 1797 | M.L. **King**, 16.4.1963, in: Brief aus dem Gefängnis von Birmingham, USA | N. **Gohlke**, Twitter-Post 4.10.2019, <https://partizipendum.de/buergerbeteiligung-ist-kein-good-will-sondern-demokratisches-grundrecht/> | K. **Adenauer**, in: ders.: „Erinnerungen 1945–1953“, Stuttgart 1965, <https://www.konrad-adenauer.de/zitate/demokratie/> | S. **Ebadi**, 5. Weltethos-Rede „Der Beitrag des Islam zu einem Weltethos“, 20.10.2005 Tübingen | A. **van Baalen**, zit. in <https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/die-letzte-generation-und-der-staat-droht-eine-eskalation> | M. **Nussbaum**, Interview, 22.1.2023, https://www.zeit.de/kultur/2023-01/martha-nussbaum-tiere-tierrechte-buch-philosophie-langfassung?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F | J. **Rau**, 16.03.2000, https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Zitate/DE/Johannes-Rau/2000/03/20000316_Zitat3.html;jsessionid=33CF3CADFA560D818700FC41C7D1FE3E.internet011 | R. **Celikates**, <https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/die-letzte-generation-und-der-staat-droht-eine-eskalation> | H. **Rottleuthner**/M. **Mahlmann**, in: Diskriminierung in Deutschland, Baden-Baden 2011 | M.T. **Cicero**, in: Pro Cluentio 53
Coverbild: © picture alliance / Zoonar

POLITIKUM

Impressum

Erscheint im 9. Jahrgang in der Nachfolge der Zeitschrift „politische bildung“ als Vierteljahreszeitschrift des Wochenschau Verlags.

Verleger

Bernward Debus, Dr. Tessa Debus

Herausgeber

Prof. Dr. Sabine Achour, achour@zedat.fu-berlin.de

Prof. Dr. Hans-Jürgen Bieling, hans-juergen.bieling@uni-tuebingen.de

Prof. Dr. Peter Massing, massingr@zedat.fu-berlin.de

Prof. Dr. Stefan Schieren, stefan.schieren@ku-eichstaett.de

Prof. Dr. Johannes Varwick, johannes.varwick@politik.uni-halle.de

Dieses Heft wurde federführend herausgegeben von:

Sabine Achour in Kooperation mit der Stiftung Forum Recht

Beirat

Prof. Dr. Gabriele Abels (Univ. Tübingen), Prof. Dr. Uwe Andersen (Univ. Bochum), Prof. Dr. Anja Besand (TU Dresden), Prof. Dr. Gotthard Breit (Univ. Magdeburg), Prof. Dr. Thorsten Faas (FU Berlin), Prof. Dr. Sven Bernhard Gareis (Univ. Münster), Prof. Dr. Wilhelm Knelangen (Univ. Kiel), Prof. Dr. Sabine Kropp (FU Berlin), Prof. Dr. Bernd Ladwig (FU Berlin), Prof. Dr. Stephan Lessenich (Univ. Frankfurt/M.), Prof. Dr. Andreas Nölke (Univ. Frankfurt/M.), Prof. Dr. Monika Oberle (Univ. Göttingen), Prof. Dr. Kerstin Pohl (Univ. Mainz), Prof. Dr. Lothar Probst (Univ. Bremen), Prof. Dr. Marion Reiser (Univ. Jena), Prof. Dr. Armin Schäfer (Univ. Münster), Prof. Dr. Norman Weiß (Univ. Potsdam), Prof. Dr. Wichard Woyke (Univ. Münster)

Verlag und Vertrieb

WOCHENSCHAU VERLAG, Dr. Kurt Debus GmbH, Eschborner Landstr. 42-50, 60489 Frankfurt/M. Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag • www.wochenschau-verlag.de

Aboservice / Heftbestellungen

Abonnementbestellungen: www.politikum.org,

Tel.: 069/7880772-0, politikum@wochenschau-verlag.de

Bestellungen von Einzelheften: wochenschau@brocom.de,

Tel.: 07154/1327-30

Bezugsbedingungen

Es erscheinen 4 Hefte jährlich. Preise: Einzelheft € 12,80; Jahresabopreis € 48,00; Jahresabopreis für Studierende und Referendar*innen € 24,00; alle Preise zzgl. Versandkosten. Kündigung 8 Wochen (30. April bzw. 31. Oktober) vor Ende des aktuellen Abrechnungszeitraums. Bankverbindung für Überweisungen: Volksbank Weinheim, IBAN DE59 6709 2300 0001 2709 07, BIC GENODE61WNM. Lieferung gegen Rechnung oder Lastschrift

Anzeigen

Wochenschau Verlag, Tel.: 069/7880772-0, Fax: 069/7880772-25, anzeigen@wochenschau-verlag.de

Der Zeitschrift liegt eine Verlagsbeilage bei.

© WOCHENSCHAU VERLAG, Frankfurt/M.

Alle Beiträge sind gesetzlich geschützt. Kein Teil dieser Zeitschrift darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages – außer in den gesetzlich vorgesehenen Ausnahmen – reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden. Zuwiderhandlungen werden strafrechtlich verfolgt.

ISSN 2364-4737 (Print) • ISSN 2701-1267 (Online)

Digitale Ausgabe: ISBN 978-3-7566-0059-5 (PDF)

DOI <https://doi.org/10.46499/2195>

www.politikum.org

www.facebook.com/ZeitschriftPolitikum

Weitere lieferbare Hefte



www.politikum.org